

## **Regierungserklärung von Ministerpräsident Dick Schoof, 3. Juli 2024**

*(Der Text wurde in niederländischer Sprache vorgetragen. Es gilt das gesprochene Wort.)*

Herr Präsident,

eine meiner allergrößten niederländischen Sportheldinnen, Sifan Hassan, bekannte kurz vor ihrem ersten Marathon im April 2023 in London, dass sie sich während der Vorbereitung oft gefragt hat, worauf um alles in der Welt sie sich da eingelassen hat. Sie sei nervös und angespannt gewesen. Sie sagte aber auch, dass sie wahnsinnig neugierig sei, wie weit sie kommen werde. »Ich möchte die Reise, die zu dieser Distanz gehört, einfach mal erleben«, sagte sie. Dieser erste Marathon war für sie also auch eine neue Erfahrung, der sie mit Freude entgegensah.

Ich stehe heute hier mit einem ähnlichen Gefühl und demselben Adrenalinpiegel am Beginn von etwas ganz Neuem. Etwas Neuem nicht nur für mich persönlich und für verschiedene andere Kabinettsmitglieder, sondern auch für die niederländische Politik. Nämlich ein Kabinett ohne Parteichefs – zum ersten Mal in über fünfzig Jahren –, das sich in seiner Arbeit auf Rahmenvereinbarungen stützt. Das ist spannend, aber jetzt wollen wir auch endlich anfangen – wir freuen uns drauf. Und wie Sie vielleicht wissen: Sifan Hassan gewann ihren ersten Marathon überzeugend. Daran nehme ich als Marathonläufer mir gern ein Beispiel, in der Hoffnung und der Erwartung, dass es uns gelingen wird, etwas Gutes für die Niederlande zu bewirken. Und das für alle Niederländer und alle Einwohner des Königreichs, sage ich gleich ausdrücklich dazu.

Die Koalitionsvereinbarung von PVV, VVD, NSC und BBB enthält dafür die nötigen Ingredienzien. Ich nenne einige davon. Abgabenerleichterungen und die Senkung des Selbstbehalts in der Krankenversicherung sorgen dafür, dass Menschen in Schwierigkeiten und Erwerbstätige mit mittlerem Einkommen, aber auch Unternehmen über etwas mehr finanziellen Spielraum verfügen. Die Vereinbarung setzt auf eine sehr strenge Asyl- und Migrationspolitik, die der Leistungsfähigkeit unseres Landes entspricht und an den Bedarf unserer Wirtschaft anknüpft. Sie enthält Vorschläge für eine Landwirtschafts- und Naturpolitik, die niederländischen Bauern und Fischern Autonomie und eine Perspektive zurückgibt und die uns allen Ernährungssicherheit bietet. Sie sieht Investitionen in Bereiche vor, die für die Menschen und die Standortbedingungen für Unternehmen wichtig sind, wie Sicherheit, Wohnen, Infrastruktur und Energiewende. Und sie sorgt für mehr Bürgermitsprache und einen stärkeren Rechtsstaat, unter anderem durch eine Erneuerung

des Wahlsystems und die Schaffung der Möglichkeit, die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen prüfen zu lassen.

Die Koalitionsvereinbarung soll so dem Wahlergebnis vom 22. November gerecht werden. An diesem Tag haben die Einwohner der Niederlande der nationalen Politik in den Wahlkabinen einen glasklaren Auftrag erteilt. Ihre Botschaft war: Hört uns zu. Hört euch unsere Sorgen an. Über Asyl und Migration. Über den großen Wohnungsmangel. Über die Preise für Einkäufe, Energie, die Monatsmiete. Hört zu – und tut etwas. Diesen Auftrag nimmt das Kabinett, das sich heute in diesem Hohen Hause vorstellt, außerordentlich ernst.

Und die größte all dieser Sorgen betrifft das Thema Asyl und Migration. Das ist, wie man es auch dreht und wendet, der springende Punkt. Viele Menschen sind überzeugt, dass Arbeitsmigration, Studierendenmigration und Asylumigration Jahr für Jahr zusammengenommen einen zu großen Druck auf unser Land ausüben. Nicht nur auf die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit unserer Daseinsvorsorge. Sondern auch auf den sozialen Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl in der Nachbarschaft, im Dorf oder in der Stadt.

Und diese Sorge ist reell. Stellen Sie sich nur einmal vor, Sie wohnen in Ter Apel oder Budel. Oder suchen als Student vergeblich nach einem Zimmer. Oder Ihr Haus ist umgeben von Gebäuden, in denen Arbeitsmigranten unter erbärmlichsten Bedingungen untergebracht sind. Wir müssen diese Sorgen also sehr ernst nehmen. Denn die Asyl- und Migrationszahlen sind hoch, und der Druck, der davon auf unsere Gesellschaft ausgeht, ist es auch. Jede Lösung, jedes Konzept beginnt mit der Anerkennung dieser Realität. Gerade auch, um sicherzustellen, dass die Akzeptanz für die Aufnahme echter Flüchtlinge erhalten bleibt. Die strenge Asyl- und Migrationspolitik, wie sie die Koalitionsvereinbarung vorsieht, sagt den Menschen also: Wir haben verstanden. Wir haben verstanden, und wir werden handeln.

Viele Sorgen gehen auf das ganz menschliche Bedürfnis nach Verbundenheit, Halt und Sicherheit zurück. Ja, es gibt Polarisierung. Aber das Bild, dass sich die Menschen bei uns den ganzen Tag gegenseitig anfeinden, ist falsch. Es stimmt nicht, dass die Leute nur noch Abneigung gegeneinander empfinden. Die allermeisten bemühen sich einfach Tag für Tag, aus ihrem Leben etwas Gutes zu machen, auch für andere. Aber die Menschen wollen eben auch, dass die Regierung ihre Sorgen ernst nimmt. Grundlegende Sorgen wie die Frage, ob das Geld bis zum Monatsende reichen wird. Aber auch latente Sorgen, die mit all den internationalen Spannungen und Bedrohungen zu tun haben, die es jetzt schon gibt und die

noch auf uns zukommen. Ich nenne nur den Krieg in der Ukraine und die Bedrohung durch Russland. Die Leute fragen sich: Was bedeutet das für unser Leben hier? Für die Zukunft meiner Kinder? Es ist nachvollziehbar, dass sie auf der Suche nach Antworten auch auf die Regierung schauen.

Und die beste Antwort auf Verunsicherung ist Vertrauen. Eine Regierung, die Vertrauen schenkt und Vertrauen zurückbekommt, indem sie an der Seite der Menschen steht, statt sich ihnen entgegenzustellen. Leider war letzteres in der Vergangenheit allzu oft das Ergebnis an sich gutgemeinter Entscheidungen der Regierung. Denken Sie an die Affäre im Zusammenhang mit Kinderbetreuungszuschüssen. Denken Sie an Groningen. Dadurch ist viel Vertrauen verlorengegangen. Nur eine Regierung, die wirklich zuhört, kann es zurückgewinnen. Nicht von einem Tag auf den anderen, wohl aber Schritt für Schritt, langsam, aber sicher. In Tuchfühlung mit der Gesellschaft. Die Regierung betrachtet dies als den vielleicht wichtigsten Auftrag für die kommende Zeit.

Vertrauen wiederherzustellen beginnt damit, dass man eine Politik macht, die sich auch umsetzen lässt. Gemeinsam mit den Trägern öffentlicher Dienstleistungen. Gemeinsam mit Provinzen, Gemeinden und Wasserverbänden. Gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Und natürlich, zuallererst: gemeinsam mit Ihnen.

Was aber auch dazugehört, ist der Mut, Entscheidungen zu treffen. Eine Richtung vorzugeben. Auch dazu ist diese Regierung fest entschlossen. Sicher, wir sind ein Land der Koalitionen und der Kompromisse. Und oft erwächst daraus eine vernünftige Politik. Aber manchmal stranden echte Lösungen in zu vielen Worten und endlosen Beratungen. Das Thema Asyl und Migration ist dafür ein gutes Beispiel. Ebenso die Diskussion über Stickstoff in Relation zu einer Perspektive für die Landwirtschaft. Oder denken Sie an die seit vielen Jahren wiederkehrende Debatte über eine neue, bessere, andere Regierungs- und Verwaltungskultur und die Stärkung des Rechtsstaats. Wie viel wurde darüber nicht schon gesprochen, und wie wenig hat sich tatsächlich geändert? Auf all diesen Gebieten müssen wir von Stillstand zu Bewegung, Veränderung, Verbesserung kommen. Und dafür muss man Prioritäten setzen.

Über den Inhalt der Koalitionsvereinbarung ist in diesem Hause bereits gesprochen worden, in der Debatte am 22. Mai. Außerdem über die erste Aufgabe, die uns als Regierung erwartet, nämlich die Konkretisierung der Koalitionsvereinbarung in einem Regierungsprogramm. Damit fangen wir gleich morgen an, und wir werden das möglichst

pragmatisch tun. Sie können mit einer Ausarbeitung der wichtigsten Themen der Koalitionsvereinbarung rechnen, aus der Ziele, Herangehensweise, Planung und Finanzierung ersichtlich werden. Wobei selbstverständlich auch auf gesellschaftliche Akzeptanz und Umsetzbarkeit geachtet wird. Das Regierungsprogramm soll rechtzeitig zur Beratung während der Generaldebatte vorliegen.

Ich denke nicht, dass es sinnvoll ist, wenn ich hier den gesamten Inhalt der Koalitionsvereinbarung noch einmal vor Ihnen ausbreite. Stattdessen möchte ich die Gelegenheit vor allem dazu nutzen, den Inhalt und die Vorgehensweise etwas näher zu erläutern. Was für eine Regierung ist diese Regierung? Wie verstehen wir in Anbetracht der Koalitionsvereinbarung unsere Aufgabe? Und wie werden wir dem in der kommenden Zeit Gestalt und Inhalt verleihen?

Doch bevor ich damit beginne, einige Worte des Dankes. Zunächst an die Mitglieder des vorigen Kabinetts, die bis zuletzt mit voller Energie im Interesse der Niederlande ihre Arbeit fortgesetzt haben. Ich denke, dass alle mir darin zustimmen werden, dass der Namensgeber dieses Kabinetts eine besonders ehrenvolle Erwähnung verdient. Fast 14 Jahre lang war Mark Rutte die Galionsfigur von vier Kabinetten. Mit seinem Talent, Menschen zusammenzuführen, indem er Lösungen sah, wo andere sie nicht mehr sahen, und seinem scharfen politischen Verstand hat er sich innerhalb wie außerhalb unseres Landes große Autorität erarbeitet. Er wäre selbst der Erste, der jetzt sagen würde, dass unter seiner Führung lang nicht alles fehlerlos gelaufen ist. Deshalb möchte ich meinerseits betonen, dass seine großen Verdienste für unser Land kaum zu überschätzen sind. Ich bin davon überzeugt, dass ich im Namen sehr vieler Menschen spreche, wenn ich sage, dass die Niederlande Mark Rutte großen Dank schuldig sind. Und für seine neue Aufgabe bei der NATO wünsche ich ihm allen erdenklichen Erfolg, auch im Interesse der Sicherheit in unserem Land.

Ein Wort des Dankes auch an die Sondierer, insbesondere an Richard van Zwol, der bereit war, die Steuerung des Regierungsbildungsprozesses in der letzten Phase zu übernehmen. Sie haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass PVV, VVD, NSC und BBB am 16. Mai eine Koalitionsvereinbarung schließen konnten, womit der Weg zur Bildung dieser Regierung frei war. Unterstützt wurden sie dabei von einem – wie ich aus eigener Erfahrung weiß – phantastischen Mitarbeiterstab und einem vortrefflichen Team aus dem Abgeordnetenhaus. Danke an alle für die harte Arbeit – vor und hinter den Kulissen.

Und dann noch ein persönliches Wort des Dankes an Caroline van der Plas, Dilan Yeşilgöz, Pieter Omtzigt und Geert Wilders. Ich bedanke mich für das Vertrauen, das sie in mich gesetzt haben, indem sie mich baten, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Ich möchte besonders Herrn Wilders nennen. Als überzeugender Wahlsieger und Chef der größten Fraktion hat er alles darangesetzt, diese Zusammenarbeit zu einem Erfolg zu machen. Außerdem weiß ich aus persönlicher Anschauung, mit welchen Einschränkungen in der Privatsphäre er seit vielen Jahren leben musste, um diesen Punkt zu erreichen. Ich hege dafür großen Respekt. Auch für ihn muss dies ein Meilenstein sein.

Lassen Sie mich nun einige Worte zum Charakter der Regierungsmannschaft sagen, die sich Ihnen und den Niederlanden heute vorstellt. Denn was ist das, ein außerparlamentarisches Kabinett? Dazu sind während der Regierungsbildung und im Vorfeld des heutigen Tages viele verschiedene Betrachtungen angestellt worden. Ich schließe daraus, dass es schwierig ist, eine eindeutige, verbindliche Definition zu formulieren. Für die Regierung besteht der Kern des Begriffs »außerparlamentarisch« darin, dass wir unabhängiger von den Fraktionen operieren werden, als es in unserem Land üblich ist. Mit etwas größerer Distanz. Was umgekehrt bedeutet, dass das Parlament seine Kontrollfunktion besser ausüben kann. Ohne einen Koalitionsvertrag, der bis ins kleinste Detail ausgehandelt worden ist. Und dadurch mit weniger Koalitionszwang und mehr Spielraum für wechselnde Mehrheiten. So kommt mehr Sauerstoff in das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung. Und wenn Sie mich jetzt fragen, wie das in der kommenden Zeit genau aussehen wird, sage ich: Das werden wir nach und nach im Arbeitsalltag miteinander entdecken und gestalten müssen.

Wie schon im Abschlussbericht des Sondierers Puffers angemerkt, gehört zu einem außerparlamentarischen Kabinett auch eine andere Zusammensetzung. Wobei die Parteiführer der Fraktionen, die diese Koalition tragen, im Parlament sitzen. Und wobei auch Personen dem Kabinett angehören, denen das Amt in erster Linie wegen ihres Wissens und ihrer Erfahrung angetragen worden ist und nicht ausschließlich wegen ihres dezidierten parteipolitischen Profils. Ich selbst bin dafür ein Beispiel, aber ich bin nicht der Einzige, auf den dies zutrifft. Auf der Regierungsbank sitzt um mich herum eine breit zusammengesetzte Gruppe aus Persönlichkeiten, die über viel Expertise und große gesellschaftliche Erfahrung verfügen und sich ohne Ausnahme den Niederlanden stark verbunden fühlen. Also kein Schwarz-Weiß im Sinne von politisch versus apolitisch, sondern ein ausgewogenes Team.

Herr Präsident, ich teile die Auffassung all derer, die in den letzten Monaten zu dem Schluss gekommen sind, dass das Wahlergebnis in allererster Linie als Aufruf der Wähler an die

Politik verstanden werden muss, einige Dinge anders zu machen. Die Koalitionsvereinbarung »Hoffnung, Mut und Stolz« ist davon das Ergebnis und zugleich der Rahmen, in dem die Regierung handeln wird. Die Koalitionsvereinbarung nimmt in einigen Bereichen ganz klar neue Weichenstellungen vor. Ich nannte bereits die Migrationspolitik, die Agrar- und Naturpolitik und die Vorschläge für eine bessere Verwaltung und eine stärkere Demokratie. Die Vereinbarung ruht zudem auf einem Fundament gesunder Staatsfinanzen und finanzieller Solidität. Es wird niemandem entgangen sein, dass die Koalitionsvereinbarung bei diesen Themen schon recht detaillierte Vorschläge enthält. Das sagt etwas über die Bedeutung, welche die vier Parteien, die die Vereinbarung geschlossen haben, diesen Themen beimessen. Und ich sage ganz klar: die Regierung fühlt sich daran gebunden. Auch für uns sind dies wichtige Prioritäten.

Für viele weitere Themen gilt, dass die Koalitionsvereinbarung Raum lässt für vernünftige Vorschläge seitens des Parlaments wie auch der Regierung. Diese Themen sind in den meisten Fällen gewiss nicht weniger drängend. Die Tatsache, dass sie in der Koalitionsvereinbarung weniger ausführlich behandelt werden, sagt nichts über den Stellenwert, den die Regierung ihnen beimisst. Ich möchte das anhand des oft gehörten Begriffs »Existenzsicherheit« verdeutlichen. Ein Begriff, der bei Einkommen, Kaufkraft und Armutsbekämpfung beginnt, auch in der Koalitionsvereinbarung. Ich erwähne hier den Grundsatz, dass sich Arbeit mehr lohnen muss, einer unserer wichtigsten Schwerpunkte in den kommenden Jahren. Aber Existenzsicherheit umfasst so viel mehr. Sie ist undenkbar ohne Sicherheit, ein Grundbedürfnis aller Menschen und aller Länder und eine absolute Kernaufgabe des Staates. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich das so sehe. Aber Existenzsicherheit bedeutet auch gute, für alle zugängliche Leistungen des Gesundheits- und Bildungswesens. Das ist ein solides und bezahlbares Dach über dem Kopf. Wohnen ist ebenfalls ein Grundbedürfnis, und für zu viele Menschen, vor allem zu viele junge Menschen, droht eine eigene Miet- oder Eigentumswohnung zu einem unerreichbaren Ziel zu werden. Dagegen müssen wir etwas tun. Existenzsicherheit bedeutet auch, dass der Arbeitsmarkt für die Menschen funktioniert, mit genügend Sicherheit für Arbeitnehmer und Raum für diejenigen, die Selbständigkeit anstreben. Und es geht beispielsweise auch um eine Politik, die dafür sorgt, dass Bürger und Unternehmen die Energiewende auch wirklich mitvollziehen können, zuallererst finanziell.

Kurzum, eine breite Palette wichtiger Themen, bei denen wir in den kommenden Jahren zusammenarbeiten können – als Parlament und Regierung, auf Tuchfühlung mit der Gesellschaft. Ich hoffe, dass es so laufen wird, und ehrlich gesagt setze ich auch ein wenig darauf, da so viele Parteien von links bis rechts Existenzsicherheit zu einem Hauptthema

ihres Wahlkampfes gemacht haben. Außerdem lehrt uns die Geschichte, dass auch diese Regierung höchstwahrscheinlich mit unerwarteten Ereignissen und Entwicklungen konfrontiert werden wird, die niemand heute vorhersehen kann. Auch dann werden wir gemeinsam, im Dialog, nach breit getragenen Lösungen suchen müssen. Diesen Appell möchte ich heute gern an Sie richten, wobei ich von meiner Seite zusagen kann, dass die Regierung allen Fraktionen in diesem Hause die Hand ausstrecken wird.

Herr Präsident, bei der Konkretisierung der Koalitionsvereinbarung orientieren wir uns an drei klaren und wichtigen Eckpunkten: internationale Positionierung, Finanzen und Rechtsstaatlichkeit. Zum letztgenannten Punkt wurden besorgte Stimmen laut. Lassen Sie mich ganz klar sagen: diese Regierung steht zum Rechtsstaat. Sie wissen, ich persönlich habe einen Großteil meines Berufslebens in den Dienst des Schutzes unseres Rechtsstaats gestellt. Und als Kabinett bejahen wir die Vereinbarungen, die die vier Parteien dazu schon in einem frühen Stadium der Regierungsbildung festgeschrieben haben. Das bedeutet, dass der Rechtsstaat für uns eine feste Gegebenheit ist, deren wichtigste Anker die in unserer Verfassung niedergelegten demokratischen Freiheiten und Grundrechte sind. Dafür stehen wir ein. Sie garantieren wir. Alles, was ich jetzt noch darüber hinaus sagen würde, wäre nicht im Sinne der absoluten Klarheit, die ich hier und heute allen bieten möchte. Ich möchte Sie und alle Einwohner unseres Landes heute einfach bitten, uns nach dem zu beurteilen, was wir tun. Beurteilen Sie uns nach unseren Taten!

Für den internationalen Bereich gilt, dass die Niederlande in der EU und in der NATO ein verlässlicher Partner sind und bleiben. Im tiefen Bewusstsein, dass diese beiden Organisationen die Eckpfeiler unserer Sicherheit und unseres Wohlstands sind. Für mich persönlich ist es vollkommen klar, dass der Schutz dessen, was uns am Herzen liegt, unsere Freiheiten und unsere ganze Lebensart, allerhöchste Priorität in der internationalen Sicherheitspolitik haben muss. Und ja, die Verteidigung ist dabei ein Schlüsselement. Aber eine wehrhafte Gesellschaft braucht auch strategische Autonomie in anderen Bereichen, wie Energie, Ernährungssicherheit, Rohstoffe. Wir dürfen nicht naiv sein. Ein paar Flugstunden von hier entfernt wütet ein fürchterlicher Krieg, in dem für die Russen ein Menschenleben nichts zählt. Auch unser Land sieht sich Hacks und anderen Versuchen der Spionage, Infiltration und Beeinflussung aus dem Ausland ausgesetzt. Russland, China, der Nahe Osten – von allen Seiten droht Europa Instabilität. Und die Realität ist, dass wir uns auf Szenarien vorbereiten müssen, die lange Zeit undenkbar waren. Allein schon deshalb können starke und wohlhabende Niederlande schlicht nicht isoliert operieren. Das werden wir auch nicht tun. Die Ukraine kann sich weiterhin auf niederländische Unterstützung verlassen: finanziell, militärisch und politisch. Die NATO-Norm von 2 Prozent für

Verteidigungsausgaben wird erreicht und gesetzlich verankert. Und im übrigen wird die niederländische Regierung inner- und außerhalb des EU-Rahmens alle internationalen Verträge einhalten, unter denen unsere Unterschrift steht. Wie es sich eben gehört.

Was wir nicht mehr machen werden: internationale Absprachen durch nationale Ambitionen noch toppen, zum Beispiel in der Natur- und Klimapolitik. Wir werden also europäische Regelungen nicht strenger auslegen als andere Länder. Wir müssen nicht immer der Musterschüler sein. Und das können wir uns auch nicht leisten, mit so vielen Menschen, so viel wirtschaftlicher Aktivität und einer so hochwertigen Agrar- und Fischereiwirtschaft in einem vergleichsweise so kleinen Land.

Wir werden aber etwas anderes tun, nämlich in Europa dort das Gespräch suchen, wo internationale Vereinbarungen unser Land unverhältnismäßig hart treffen oder einer vernünftigen Lösung im Wege stehen. Der Koalitionsvertrag benennt diese Option vor allem in den Kapiteln über Migration und Landwirtschaft. Ich weiß, dass viele hier, und auch viele außerhalb dieses Saals, dies in die Kategorie »unmöglich, geht nicht« einordnen. Und ich bin selbst zu lang dabei, um nicht zu wissen, dass die Infragestellung internationaler Vereinbarungen und ein Gespräch über eine Ausnahmestellung keine Selbstläufer sind. Gleichzeitig müssen wir uns vergegenwärtigen, dass die EU-Mitgliedstaaten sehr wohl einen Gestaltungsspielraum haben, wie sie bestimmte Ziele erreichen wollen. Darüber lässt sich also sicher reden. Außerdem bin ich in einer Familie aufgewachsen, in der harte Arbeit und Beharrlichkeit die Norm waren. »Gehtnicht liegt auf dem Friedhof, und Willnicht liegt daneben«, hieß es bei uns zu Hause. Gibt die Regierung Ihnen heute also eine hundertprozentige Garantie, dass wir in dieser Hinsicht in Brüssel alles erreichen werden? Nein, das nicht. Wohl aber das hundertprozentige Versprechen, dass wir für die niederländischen Interessen kämpfen werden. Und dass wir den Spielraum, den es gibt, suchen und nutzen werden.

Über den letzten Eckpunkt, die Finanzen, möchte ich Folgendes sagen. Das Wichtigste ist, dass wir in bester niederländischer Tradition auf finanzielle Solidität setzen. Mit anderen Worten, das Defizit im Staatshaushalt bleibt unter der vereinbarten Grenze von 3 Prozent. Und sollte es während der Legislatur diese Grenze zu überschreiten drohen, werden wir entsprechend handeln. Nicht, weil Europa es so will, sondern um unsere Kinder und Kindeskinde vor zu hohen Schulden zu bewahren. Wir stellen keinen Wechsel auf die Zukunft aus.

Es ist leider eine Tatsache, dass diese Regierung den Daumen fester auf die Staatskasse halten muss als ihre Vorgänger. Kurz- und längerfristig besteht Anlass zu ernststen Sorgen. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Und dennoch wollen wir dafür sorgen, dass die Menschen etwas mehr Geld ins Portemonnaie bekommen und dass auch die Lasten für die Unternehmen sinken. Das bedeutet unausweichlich, dass Prioritäten gesetzt werden müssen, denn im Staatshaushalt stehen Plus und Minus einander stets gegenüber. Ich nenne die Mehrwertsteuererhöhungen, die Einsparungen bei der Entwicklungshilfe, die Abschaffung des sozialen Praktikums und die tiefen Einschnitte in den Beamtenapparat der staatlichen Zentralverwaltung. Es gibt finanzielle Tatsachen, denen wir ins Auge sehen müssen. Die Regierung kann und will nicht vor dieser Verantwortung weglaufen.

Und darin, zum Schluss, Herr Präsident, liegt auch gleich die Antwort auf die Frage beschlossen, die mir in den letzten Wochen am häufigsten gestellt worden ist: »Warum hast du ja gesagt zur Bitte der vier Parteien, Ministerpräsident zu werden?« Ich habe dieses Amt nie angestrebt – eine wundersame Fügung des Schicksals, die sich unerwartet ergeben hat. Und um ehrlich zu sein, ist es natürlich auch schwer, nein zu sagen zu einer so ehrenvollen Bitte – nichts Menschliches ist mir fremd. Mein innerstes Motiv aber ist das öffentliche Interesse, für das ich mich nun schon vierzig Jahre lang mit Herz und Seele einsetze. Dafür Verantwortung tragen zu dürfen ist das Schönste, was es gibt. Ich hätte nie gedacht, dass ich je in dieser Position Gelegenheit dazu bekommen würde. Aber nun, da ich hier stehe, ist für mich keine wichtigere Arbeit vorstellbar.

In allen Gesprächen, die ich bisher mit den Mitgliedern des neuen Kabinetts geführt habe, spüre ich denselben Drang, Verantwortung zu tragen. Etwas Gutes für die Niederlande zu erreichen. In Anbetracht des Wahlergebnisses vom 22. November. In Anbetracht der Koalitionsvereinbarung. Und in Anbetracht des Spielraums, in enger Abstimmung mit den Mitgliedern beider Parlamentskammern, mit gesellschaftlichen Organisationen und in Tuchfühlung mit der Gesellschaft gute und vernünftige Ideen in Politik umzusetzen.